

„Kämpfen wie eine Löwin“

SPD-Landeschefin Leni Breymaier möchte nicht, dass 75-Jährige arbeiten müssen

Von unserem Redaktionsmitglied Julius Sandmann

Karlsruhe. Leni Breymaier, seit Oktober 2016 Landeschefin der SPD, hat sich viel vorgenommen. Unter anderem möchte sie ihre Partei in Baden-Württemberg umstrukturieren und einen wichtigen Beitrag zur anstehenden Bundestagswahl leisten. Zur Redaktionskonferenz im Verlagshaus der Badischen Neuesten Nachrichten in Karlsruhe-Neureut erscheint sie gestern ein wenig verspätet, aber mit viel Elan.

Überraschend für eine Sozialdemokratin: Breymaier kann Donald Trump, dem künftigen 45. US-Präsidenten, etwas Positives abgewinnen. „Wir haben in Baden-Württemberg seit der Trump-Wahl fast 300 Eintritte in die SPD“, sagt sie. Breymaier spüre eine Politisierung und Mobilisierung – und das braucht ihre Partei auch: Bei der vergangenen Landtagswahl holte die SPD nur 12,7 Prozent und wurde von der AfD überholt – deren Namen Breymaier persönlich bis Februar nicht in den Mund nehmen will, wie sie eingangs erklärt.

Aufgrund der SPD-Niederlage im Land möchte die 56-Jährige ihre Partei verändern. „Es gibt Regionen, da haben wir weder Landtags- noch Bundestagsabgeordnete“, konstatiert Breymaier. Wichtig sei es, etwas in den Gebieten zu bewegen, wo die SPD total schwach sei – wie etwa im Raum südlich von Ulm bis zum Bodensee. Hinzu kämen die Regionen, wo Breymaiers Partei bis vor der Landtagswahl 2016 gut vertreten gewesen sei. „Mannheim an die AfD zu verlieren war wirklich bitter“, rutscht der meinungsfreudigen 56-Jährigen der Parteiname dann doch heraus.

Ihr Ziel sei es, nach der Bundestagswahl eine Arbeitsgruppe zur Parteistruktur einzurichten, erläutert die ehemalige Verdi-Landesbezirksleiterin. „Ich habe im Kopf, dass ich für die Leitung Herta Däubler-Gmelin und Reinhold Gall anfrage, so dass wir auch die Breite der Partei abgedeckt haben.“ Angesichts der veränderten Verhältnisse nach der Wahl 2016 – auch was das Personal angehe – wolle Breymaier nicht die Landesvorsitzende sein, die den größten Schuldenberg hinterlasse. „Wir haben nicht die wundersame Geldvermehrung, weil ja auch die Wahlkampf-kostenerstattung niedriger ist bei solch erbärmlichen Ergebnissen.“

Zunächst liege der Fokus aber auf der Bundestagswahl. Breymaier gibt sich selbstbewusst: „In Baden-Württemberg werden Wahlen verloren, aber sie werden hier auch gewonnen.“ Bei der derzeitigen Parteienlandschaft sei ihr Ziel „Halten“: Derzeit kämen 20 Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg, und das solle so bleiben – mindestens. Auch sie selbst möchte nach Berlin. „Eine Landesvorsitzende, die kein Mandat hat, ist auch ein bisschen kastriert.“

Breymaier ist definitiv eine Freundin klarer Worte, gerade wenn es um Themen geht, die ihr als langjähriger Gewerkschafterin am Herzen liegen – wie etwa die soziale Gerechtigkeit. Für die Stärkung der gesetzlichen Rente wolle sie „kämpfen wie eine Löwin“. „Die Alternativen sind Systeme wie in Großbritannien und den USA“, erklärt die 56-Jährige. „Da haben wir private



Zu Gast in der Redaktionskonferenz



Die SPD-Landeschefin Leni Breymaier mag klare Worte – und sie strebt bei der diesjährigen Bundestagswahl ein Mandat in Berlin an. Foto: Hora

Vorsorge und da sitzen die 75-jährigen Frauen noch bei Lidl an der Kasse. So einen Zustand will ich hier nicht.“

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | SÜDWESTECHO | 17.01.2017 | Seite 12

Vorwürfe gegen Bauer in der Hochschul-Affäre

Frühere Spitze und 13 Professoren in Untreuefall angeklagt / FDP: Chaotisches Krisenmanagement der Ministerin

Auch SPD erwägt einen Untersuchungsausschuss

Von unserer Mitarbeiterin Julia Giertz

Stuttgart. Die Opposition im Landtag rüstet sich zum Angriff auf Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Anlass ist die Affäre um möglicherweise rechtswidrige Zahlungen an Professoren der Verwaltungshochschule Ludwigsburg. Die Fraktionen von SPD und FDP im Landtag erwägen einen Untersuchungsausschuss.

„Wir werden zu beraten haben, ob zur Aufarbeitung der Geschehnisse ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingerichtet werden soll“, sagte Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke in Stuttgart. Beide Fraktionen werden sich heute mit dem Thema beschäftigen. Die Hochschulexpertin der SPD, Gabi Rolland, sagte, es müsse geklärt werden, welche Informationen ein Ausschuss – den mindestens zwei Fraktionen oder ein Viertel der Abgeordneten fordern müssen – über die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden hinaus liefern könne.

Für sie ranken sich die Fragen um das Verhältnis zwischen Hochschule und Wissenschaftsministerium und die Beziehungen zwischen Professoren und Hochschulleitung. Rolland und Rülke reagieren auf eine Anklage der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen 15 Verdächtige. Die Behörde beschuldigt den früheren Rektor und den früheren Kanzler der Untreue und 13 Professorinnen und Professoren der Beihilfe.

Die FDP wirft Wissenschaftsministerin Bauer chaotisches Krisenmanagement und Versagen vor. Rolland betonte, Bauer habe die Querelen an der Kaderschmiede für den Verwaltungsnachwuchs zu sehr schleifen lassen. Die später geschasste Rektorin Claudia Stöckle, die in der Hochschule habe „aufräumen“ sollen, habe nicht genug Rückendeckung erfahren. Rülke und der Hochschulexperte der Fraktion, Nico Weinmann, betonten: „Nun wird immer deutlicher, dass die Rektorin nur das Bauernopfer in einer ganzen Reihe von Rechtsbrüchen war, bei deren Aufarbeitung der Wissenschaftsministerin Totalversagen vorzuwerfen ist.“

Rolland betonte, ein Ausschuss könne auch weitreichende Folgen für die Hochschulen im Land haben: „Vielleicht müssen wir die Leistungszulagen in Baden-Württemberg neu diskutieren.“ Zwar müssten Leistungszulagen an Leistung gekoppelt sein. Die Art und der Maßstab von Leistung würden aber von der einzelnen Hochschule definiert. Nicht möglich sei eine Orientierung an den Jahren der Hochschulzugehörigkeit, wie es in Ludwigsburg geschehen sei.